Die Posener Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme Montags.

Bestellungen nehmen alle Post-Anstalten des In- und Auslandes an.

# Posener Zeitung.

Das Abonnement beträgt vierteljährl. für die Stadt Posen 1 Rthlr., für ganz Preußen 1 Rthlr. 7 sgr. 6 pf.

Insertionsgebühren 1 sgr. 3 pf. für die viergespaltene Zeile.

№ 14. Donnerstag den 17. Januar. 1850.

Inhalt.



Berlin, den 13. Jan. Se. Majestät der König haben heute Mittag im Schlosse zu Charlottenburg den bisherigen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister der Vereinigten Staaten von Nord-Amerika, Senator Hannegan, in einer Privat-Audienz zu empfangen geruht und aus den Händen desselben das Schreiben des Präsidenten der Vereinigten Staaten entgegengenommen, wodurch er von dem Gesandtschaftsposten am hiesigen Hofe abberufen worden ist. Unmittelbar darauf geruhten Allerhöchstdieselben dem zum außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister der Französischen Republik am hiesigen Hofe ernannten Herrn de Persigny, behufs der Entgegennahme seines Beglaubigungs-Schreibens eine Privat-Audienz zu ertheilen.

Se. Durchlaucht der Herzog von Ratibor und Fürst von Corvey ist von Schloß Rauden, Se. Erlaucht der Graf Heinrich von Schönburg-Glauchau, von Dresden, und der Ober-Präsident der Rhein-Provinz, Eichmann, von Koblenz hier angekommen. — Der General-Major und Inspekteur der 1. Artillerie-Inspektion, Fidler, ist nach Koblenz abgereist.

## Deutschland.

( Berlin, den 13. Januar. Die Debatten über den Reichs-Verfassungs-Entwurf werden mit ziemlicher Heftigkeit geführt. Bisher haben sich 3 Meinungen herausgestellt. Die Einen wollen die Annahme der Verfassung en bloc, ohne jede Berathung; die Anderen wollen von A—Z revidiren, d. h. unter Erstrebung eines möglichst baldigen Abschlusses; die Dritten endlich wollen die Annahme in Bausch und Bogen mit sofort eintretender Revision. Soweit sich's für jetzt übersehen läßt, hat die letzte Meinung viele Stimmen für sich. Als eine auffallende Erscheinung muß ich es jedoch bezeichnen, daß gerade in diesen Tagen sich eine Menge gewichtiger Ansichten für eine reifliche Berathung der Verfassung, d. h. also für eine Revision von Anfang bis zu Ende ausgesprochen haben. Die von den Constitutionellen erlassene Ansprache, eben so eine andere Auseinandersetzung der hier zum Congreß versammelt gewesenen Deputirten conservativer Vereine, hatte den Central-Wahl-Ausschuß veranlaßt, am 10. Abends in Professor Mitscherlichs Saale eine neue Versammlung der Kreis- und Bezirksvorstände zusammen zu berufen. Der Vorsitzende, Justizrath Geppert, bewegte sich in allgemeinen Ausdrücken, sprach sich aber dahin aus, daß man getrost an die Revision der Verfassung gehen solle. — Regierungsrath Schwer (wenn wir in diesem Namen nicht irren) holte ungewöhnlich weit aus und berührte Dinge, an die schon Niemand mehr denkt. Mit Erwägung aller Rechtsgründe erklärte er, es sei unmöglich, daß die §§. der Frankfurter Verfassung, welche in den Drei-Königs-Entwurf aufgenommen wären, ohne Weiteres angenommen würden. Ebenso sprach er sich gegen die Annahme en bloc aus und führte dabei Rechts- und andere Gründe an. Endlich war er auch ganz entschieden dagegen, daß man von den Deputirten verlange, sie sollten revidiren. Dies sei gegen die Bestimmungen des constitutionellen Staats. Man müsse es durchaus den Abgeordneten überlassen, nach Umständen zu handeln. Oberlehrer Fischer sprach sich gegen die Annahme der Verfassung en bloc aus mit einer späteren Revision. Dabei deutete er auf das perfide Oesterreich hin und erinnerte an Stahl's Erklärung in Neustadt-Eberswalde. Prof. Keller nahm sich Stahl's an und versicherte, er sei zugegen gewesen; Stahl habe sich nicht ganz so geäußert, habe sich nicht in der Art ausgesprochen ꝛc. Der geistreiche Redner, von dem wir seither nur lichtvolle und scharfsinnige Vorträge zu hören gewohnt waren, ließ uns heute unbefriedigt; er sprach sich nirgends bestimmt aus, wurde persönlich, griff die Ansprache der Gothaer Partei an und gedachte der Menschlichkeiten, die bei den Unterschriften vorgekommen waren. An der Verfassung wollte er gar nicht viel revidirt wissen. Das unbehagliche Gefühl, welches uns bei dem Vortrage dieses Redners beschlichen, wurde durch die höchst ansprechende Rede des Major v. Holleben völlig verwischt. Bieder und derb sprach er sich über unsere Verhältnisse aus und über die großen Gefahren, die uns von eifersüchtigen Staaten drohten. Dagegen müsse Front gemacht werden und solle es auch dazu kommen, daß die schon halb aus der Scheide stehenden Schwerdter gezogen werden müßten. Er sei bereit. Interessant war seine Berechnung der Truppen, die bei'm Ausbruch eines Krieges erforderlich wären. Hierauf trat Herr Prof. Heydemann mit dem Antrage auf, die Verfassung en bloc anzunehmen unter Vorbehalt der sofortigen Revision. Der Redner, der als Vorsitzender eines Kreisvereins wenige Tage zuvor seine Zuhörer durch einen geistreichen und lichtvollen Vortrag für diesen Gedanken gewonnen hatte, fand hier keinen Anklang; fast sämmtliche Stimmen vereinigten sich für freie Berathung mit der durch die Umstände gebotenen Beschleunigung. Gymnasial-Director Bonnell, der die Eingang gedachte Ansprache unterschrieben, wollte eine Verständigung vermitteln und mißbilligte einige darin vorkommende scharfe Ausdrücke. Ebenso erklärte er, „das fliegende Blatt über die Wahlen zum Volkshause“ (Verfasser Assessor v. Holtzendorff) mit Unwillen von sich geworfen zu haben. Schließlich sprach er sich ganz entschieden für die Annahme der Verfassung aus. Als er aber gefragt: wie sie da ist? die Antwort gab: nein, wenn sie revidirt ist, — ließ sich ein allgemeines Kichern vernehmen. Wollen Sie wissen, welchen Eindruck diese Meinungsäußerungen in der Versammlung hervorgerufen haben? Es war der: Nun weiß man gar nicht mehr, was zu thun.

Wie verlautet, ist die Bundesstaats-Commission und die Regierung schon jetzt damit beschäftigt, nöthige Aenderungen in dem Entwurf vorzunehmen, so daß also durch dieses Entgegenkommen eine Verständigung immer noch möglich ist.

Man will wissen, daß „einzelne“ Minister sich für die Annahme en bloc ausgesprochen haben. Ich weiß nicht, was Wahres daran; wie das Ministerium aber über die Sache denkt, ist jedenfalls noch Geheimniß. Die Königliche Botschaft hat nur bei einer Partei eine entschieden günstige Aufnahme gefunden; alle übrigen hätten es gewiß lieber gesehen, wenn die Minister mit ihren Abänderungs-Vorschlägen früher hervorgetreten wären. — Von wohlunterrichteten Männern wird mir mitgetheilt, daß die Differenzen ausgeglichen werden und ein großer Theil der Vorschläge die Genehmigung der Kammern erhalten würden.

— Der Geheime Ober-Regierungsrath Johannes Schulze, welcher unter Eichhorn ohne Beschäftigung und Einfluß war, versieht seit einigen Tagen die Stelle eines Direktors im Kultusministerium; bekanntlich war derselbe unter Altenstein der einflußreichste Rath dieses Ministeriums, und Universität und Schule verdanken ihm aus dieser Zeit die wichtigsten Maaßregeln. — Der von der Kaiserlichen Hof-Bibliothek in Wien zur Tieckschen Auktion hierhergesandt gewesene Kustos Dr. Wolf hat von dieser Sammlung zu fabelhaft hohen Preisen Einkäufe gemacht, und den verschwenderischen Aufträgen Englischer Bibliotheker den Rang abgelaufen. Er hat für die Summe von ungefähr 3000 Thalern Spanische und Englische Werke erstanden. Die ganze Tiecksche Bibliothek soll der Buchhandlung Asher nicht mehr als ungefähr das Doppelte dieser Summe gekostet haben! Uebrigens sieht man aus dieser Liberalität der Wiener Hofbibliothek, daß sie von dem schrecklichen Defizit der neuesten „finanziellen Gebahrung“ nicht berührt wird. — Vergangene Woche fanden 2 der in der Strafanstalt bei Moabit detinirten Gefangenen Gelegenheit zu entkommen. Beide sollen sich der Kleider ihrer Wächter zu bemächtigen gewußt haben, so daß einer der Gefangenen, da sein Wächter Konstabler ist, durch dessen Uniform bis auf Weiteres gegen eine Wiederergreifung am Besten gesichert scheint. — Herr Renz hat kürzlich in dem neu gebauten Circus, Charlottenstr. 90—92, seine Vorstellungen in der höheren Reitkunst und Pferdedressur begonnen. Sein Name hat bei den Berlinern einen guten Klang; der Circus war bis auf den letzten Platz gefüllt. Die Künstler — zwei- und vierfüßige — leisteten, die Ersteren größtentheils, die Letzteren ohne Ausnahme Vortreffliches und die Zuschauer gaben ihre Zufriedenheit durch den lebhaftesten Beifall zu erkennen. So weit sich nach einer ersten Vorstellung ein Urtheil fällen läßt, nehmen wir keinen Anstand, die Gesellschaft des Herrn Renz den besten beizuzählen, welche wir in Berlin gesehen haben. Herr Renz selbst, der Meister in der Dressur, die Herrn James Morton (vom Astley-Royal-Amphie-Theater in London), Adolph Nief (vom Cirque des Champs elysées de Paris), Creter, Carré, namentlich die drei zuerst Genannten sind Künstler ersten Ranges, denen sich die beiden Damen, Dlle. Mathilde (erste Schulreiterin vom Cirque des Champs élysées de Paris) und Dlle. Adsine ebenbürtig anschließen. Beide Damen zeichnen sich nicht nur durch ihre Leistungen, sondern auch durch eine höchst angenehme Persönlichkeit aus. Namentlich ist Dlle. Mathilde in ihrer Erscheinung sicher, fein und edel. Einige andere Damen sind in der ersten Vorstellung noch nicht aufgetreten. Die Pferde sind schön, kräftig und ausgezeichnet dressirt. Die als selbstständige Künstler auftretenden Vierfüßler übertreffen in ihren Leistungen Alles, was wir bisher in Berlin gesehen haben. In der Dressur hat Herr Renz keinen Rivalen zu scheuen, der ihm den Rang streitig machen könnte. (Nat.-Ztg.)

Das Königliche General-Postamt macht bekannt, daß, nach einer Mittheilung der Kaiserlich Oesterreichischen Ober-Post-Behörde die mittelst der Dampfschiffe des Lloyd über Alexandrien nach Orten jenseits Suez zu befördernden Briefe und sonstigen Sendungen nicht mit Siegellack, sondern nur mit Oblaten oder ähnlichen Bindemitteln verschlossen werden dürfen, da bei dem hohen Grade der Wärme in den südlichen Himmelsstrichen die Siegel aus Lack schmelzen, die Briefschaften alsdann zusammenkleben und hierdurch leicht Beschädigungen der Briefe entstehen.

Brieg den 8. Januar. (K. Z.) Heute um 2 Uhr Nachmittags bewegte sich ein trauriger Zug nach hiesigem Bahnhofe. 61 schwere, zu langjähriger, zum Theil lebenswieriger Haft verurtheilte Verbrecher wurden durch Polizeibeamte und Soldaten auf Umwegen dorthin transportirt, um mittelst Extrazuges in das Zellengefängniß zu Moabit befördert zu werden. In Liegnitz stößt das Contingent des Jauerschen, in Kohlfurt das des Görlitzer Zuchthauses zu ihnen. Ein Waggon namentlich war es, der die Veteranen des Zuchthauses enthielt. Einer unter ihnen, seit 1816 im Kerker, war Justiz-Commissar in Wrietzen, in den Jahren des Freiheitskrieges freiwilliger Jäger. Als Avancirter verabschiedet, erschlug und beraubte er auf dem Nachhausewege einen Bauer. Um 800 Thaler beging er den Mord, und eine grimmige Ironie des Schicksals schenkte ihm im Laufe seiner Kerkerhaft durch allerlei Zufälle (wer vermöchte es Glücksfälle zu nennen?) ein Vermögen von mehr als 100,000 Thaler. Der Arme erzählt mit Genugthuung, daß er jetzt alle auf dasselbe bezüglichen Prozesse gewonnen habe. Ein blinder Greis nimmt den Platz neben ihm ein. Er hat das Arbeitshaus in Kreuzburg, in dem er detinirt war, angezündet. Auch der berüchtigte Räuber Schneider, der Schrecken des strehlener Kreises, befand sich im Zuge. Viele der Gefangenen kannten das Vehikel nicht, auf dem sie befördert werden sollten. Sie hatten im Kerker nichts von Eisenbahnen gehört. Die alten Habitues des Zuchthauses sollen, obwohl sie ihr Reiseziel nicht kennen, ihren Aufenthaltsort, den ihnen die Gewohnheit erträglich gemacht hatte, ungern verlassen haben. Man sagte, daß sie nur die Hoffnung tröste, ihrer Begnadigung entgegen zu reisen. Die Armen, wüßten sie, daß ihnen auch der kleine Trost, das Angesicht ihrer Leidensgefährten zu schauen, gemeinsam zu arbeiten, den süßen Laut der Menschenstimme zu hören, geraubt werden soll, wüßten sie, daß sie ewigem Schweigen grauenvoller Einsamkeit in enger Zelle entgegen gehen!

Kiel, den 11. Januar. (H. B.) Der Präsident der Landesversammlung empfing heute eine Deputation aus der Landschaft Angeln. Es waren angesehene Landleute aus den verschiedenen Theilen jener Landschaft, mit Vollmachten sämmtlicher Kirchspiele versehen. In kurzer, kräftiger Anrede erklärte der Wortführer, daß die Angeler jetzt nicht minder, als früher, dazu bereit seien, ihre Söhne und ihr Geld für die gerechte Sache des Vaterlandes hinzugeben, daß den gegenwärtigen Zuständen im Herzogthum Schleswig aber nunmehr von der Statthalterschaft und der Landesversammlung Wandel geschafft werden müsse und daß sie, die Deputirten, gekommen seien, um solches zu verlangen. Zugleich äußerte der Wortführer, daß die Deputirten gehofft hätten, sich hier in Kiel mit ihrem Verlangen zunächst an die von der Landschaft Angeln selbst gewählten Abgeordneten zur Landes-Versammlung wenden zu können, daß sie aber jene nicht anwesend gefunden hätten, und erklären müßten, daß selbige ihr Vertrauen verloren. Dem Vernehmen nach hat die Deputation auch von der Statthalterschaft — bei welcher übrigens schon seit mehreren Tagen täglich Deputationen ähnlicher Art aus dem Schleswigschen erschienen sind — in gleicher männlicher Sprache gefordert, daß eine Entscheidung der schleswigschen Wirren herbeigeführt werde. — Wie wir hören, hat die Statthalterschaft die Deputation aus Angeln zum Ausharren und zur Besonnenheit ermahnt. — So eben wird der Kammerrath Boldt, früher Zollcontrolleur zu Holnis am Flensburger Meerbusen, von der Insel Fehmarn hier eingebracht, wo er mit Proklamationen der Dänischen Regierung, mit Schreiben von Beamten u. s. w. ergriffen worden war und nur durch seine Verhaftung und Wegführung vor der Wuth des Volkes hatte gerettet werden können. — Unsere Vertrauensmänner sind noch immer nicht nach Kopenhagen abgereist und werden, wenn überhaupt, wahrscheinlich nicht sobald abreisen. Die Dänische Regierung wird sich zuvor mit dem Reichstage berathen wollen, welcher am 28 d. M. zusammentritt. Ohne Einfluß auf die Ansicht des Volkshauses für Dänemark über die dortige Beurtheilung der Verhältnisse zu den Herzogthümern wird es nicht bleiben, daß die Deputirten in Folge der kürzlich vollendeten Neuwahl, besonders zahlreich aus dem Bauernstande gewählt sind. Namentlich ist der Bauernstand in Dänemark einer friedlichen Abkunft sehr geneigt.

Aus Mecklenburg den 12. Jan. Was ich Ihnen in meinem letzten Schreiben von dem erwarteten Schritte der Bundeskommission in Frankfurt gegen unsere Verfassung meldete, scheint sich leider schon bestätigt zu haben. Schon seit gestern circulirt das Gerücht im Publikum, daß etwas gegen uns geschehen sei. Man spricht von einer kategorischen Note der Bundescommission an unsere Regierung, in welcher diese aufgefordert wird, mit dem Vorschreiten in der Verfassung einzuhalten und der Ritterschaft den Rechtsweg nach Vorschrift des Gesetzes vom 28. November 1817 zu eröffnen. Weigere sich die Regierung, diesem Verlangen nachzukommen, so ist für diesen Fall zugleich die Bundesexekution angedroht. Aus einer Quelle, die ich für authentisch halten darf, wird mir Obiges bestätigt. Man setzt noch hinzu, daß die Regierung bereits diese Note abschläglich beantwortet habe, doch will ich diesen Zusatz nur als Gerücht mittheilen. Nachgerade wird uns in der That klar, was wir zu erwarten haben: vor Allem, wenn sich die Regierung diesem Befehle nicht fügt, wie es nach der Antwort des Großherzogs auf die preußische Note zu erwarten, — preußische Bundestruppen, und später alle Herrlichkeiten der ehemaligen ritterschaftlichen Repräsentation. — Morgen hoffe ich Ihnen Detaillirteres mittheilen zu können.

## Oesterreich.

LNB Wien, den 9. Januar. Das Wiener Tagesinteresse wird heute von einem Ereigniß in Anspruch genommen, das zwar in die harmlose Theatersphäre eingreift, aber nichts destoweniger manche Gemüther stärker bewegt, als irgend eine politische Begebenheit. Korn, der Veteran des Burgtheaters und seit 47 Jahren eine Zierde desselben, tritt heute zum letzten Mal als Giulio Romano in Correggio auf. Schon seit lange sind die Plätze zu dieser Vorstellung vergriffen.

— Den 10. Januar. Erzherzog Johann, am 2. d. M. von Frankfurt abgereist, ist gestern hier angekommen und hat seine frühere Privatwohnung wieder bezogen. — Nach Anordnung des Landesmilitairkommando's sollen zu allen in diesem Carneval hier statt findenden öffentlichen Bällen K. K. Offiziere zum Inspektionsdienste kommandirt werden.

— Den 11. Januar. Die Prager Vorschußkasse zum Besten der Gewerbtreibenden mit einer Dotation von 100,000 Fl. ist endlich definitiv beschlossen worden. Sie wird jedoch kein Darlehen auf Pfänder — sondern nur gegen Werthpapiere machen und Wechsel discontiren. — Mehrere Provinzialblätter stellen eine Berufung des Reichstages noch für das laufende Jahr 1850 in Aussicht. — Die Nachrichten aus der Backa und dem Czaikskisten-Bezirk lauten fortwährend sehr traurig, indem man sich kaum einen Begriff von den Verwüstungen macht, welche der Krieg, dessen Schauplatz so wiederholt in jener Gegend war, dort zurückgelassen hat. Ganze Dörfer sind verschwunden und ansehnliche Fabrikgebäude dem Erdboden gleich gemacht. Daß auch die gesammte Produktion vielfach darunter gelitten hat, versteht sich von selbst. Einen sehr gewichtigen Beleg davon giebt die südungarische Seidenproduktion, die in diesem Jahre nicht den sechsten Theil von dem Ertrag der früheren abgeworfen hat. — Unsere Seidenfa-

brikanten haben sich von den früheren Schlägen, die sie betroffen noch nicht erholt. Nicht nur, daß seit dem Jahre 1848 viele eingegangene Stühle nicht wieder in Thätigkeit sind, so wurden auch neuerdings wieder mehrere eingestellt, woran die Vertheuerung des Rohmaterials, so wie das erhöhte Arbeitslohn die meiste Schuld trägt. — Heute wird die aus der Russischen Industrieausstellung mitgebrachte Mustersammlung nach Prag befördert.

— Den 12. Januar. Der bisherige Oesterr. Gesandte in Florenz, Baron Neumann, bekanntlich ein natürlicher Bruder des Fürsten Metternich, geht als Kaiserl. Minister an den Hof von Brüssel. — Herrn Mauroner's „Corriere italiano“ wird hier am 15. d. zum erstenmal erscheinen. Dieses Journal wird die Zahl der gouvernementalen Blätter vermehren und es soll, wie man hört, der Redaktion vorzügliches Material zu Gebote stehen. — Wie der „Slovenski Jug“ meldet, ist die „Presse“ auch für die Serbische Wojwodina verboten worden. — Die Geschichte des Ungar. Feldzuges wird auf des Kaisers Befehl vom Generalquartiermeisterstabe ausgearbeitet. — Vor Kurzem wurde in Mainz die letzte Sendung der anno 1848 in Lüttich gemachten Bestellung von 170 schweren Festungsgeschützen ausgeladen. Die bis jetzt zur Armirung dienenden, größtentheils unbrauchbaren metallenen Geschütze aller Kaliber werden nach und nach umgeschmolzen werden. — Die Oesterreichische Kriegsmarine zählt gegenwärtig 3 Fregatten, 3 Korvetten, 6 Briggs, 3 Goeletten, 5 Kriegsdampfschiffe, 3 Kanonenbarken, 1 Bragozzo, 22 Penichen, 2 Schaluppen und 7 Trabakel. — Am 4. d. wurden dem F.-Z.-M. Haynau in Pesth der Leopolds- und eiserne Kron-Orden gestohlen. — Man schreibt aus Oesterr.-Italien: Der Schmuggel von der Schweiz und Piemont herüber ist wieder in vollem Gange und die Prämie der Contrebande ist bei der großen Konkurrenz auf 10% gesunken. Dasselbe geschieht mit Venedig, das trotz der Aufhebung seines Freihafens nicht geringere Mengen unverzollter Waaren einführen wird. Die Lagunen zu bewachen ist noch schwieriger, als die Alpenhöhen. Der Eintritt von Parma und Modena in einen Oesterreichischen Zollverein dürfte dem Schmuggel nur ein neues Feld eröffnen, indem er dann direkt vom mittelländischen Meere aus seine Operationen verrichten kann. Die Engländer werden sich diese gute Gelegenheit nicht entgehen lassen. Wenn die Oesterr. Industrie über die drohende Gefahr einer Ermäßigung der allzu hohen Schutzzölle schreit, so hat sie hier doch den deutlichsten Beweis, daß sie damit nicht einmal den inneren Markt zu behaupten versteht.

— Den 13. Januar. Als bedeutungsvolle — wenn gleich in Schranken der Mäßigung sich haltende Oppositions-Organe, erscheinen jetzt in Vertretung föderalistisch-slavischer Tendenzen: Slovensky Jug und Norodny Nowiny, woran sich die seit Neujahr in Deutscher Sprache erscheinende „Union“ anschließt. — Die Ungarische altkonservative Partei wird in Fygyelmoz vertreten, wobei insbesondere die Aufsätze von Somsich, Aufsehen erregen. Bei steter Vertretung des unzweifelhaft geheiligten Rechtes des regierenden Hauses auf den Thron von Ungarn und auf rühmende Weise hervorhebend, daß die pragmatische Sanktion im Manifest des jetzt regierenden Kaisers vom 2. Dec. 1848 eine besondere Beachtung erhielt, hebt dieses Blatt um so schärfer hervor, daß in der Losreißung des Temescer Banats von Ungarn, durch dessen Vereinigung mit der Wojwodina, und überhaupt durch die Anwendung und Auslegung der oktroyirten Verfassung, das tausendjährige Fundamentgesetz Ungarns außer Acht gelassen erscheine. — Bei der hier stattgehabten Konferenz der Böhmischen Lehrer soll beschlossen worden sein, daß in Böhmen neben ausschließlich Deutschen, auch ausschließlich Czechische Gymnasien errichtet werden sollen. — In Pesth ist mit dem Einrücken neuer Gensd'armerie-Mannschaft zugleich die gebührende Achtung, bei dem gesetzlichen Einschreiten derselben, wiederholentlich eingeschärft worden. — Zur Ueberwachung der Schulen in Pesth ist ein Schul-Comité gebildet worden, an dessen Spitze der Magistratsrath Nakio steht und wobei alle Konfessionen repräsentirt sind; die israelitische durch den Oberrabbiner Schwab. — Die Zeitschrift „Bukowina“ lehnt einen eingeschlichenen Irrthum dadurch von sich ab, daß sie zwei Stunden vor ihrem Erscheinen sich der Censur unterzogen fände. — In Waitzen klagt man über große Theuerung. Das Pfund Rindfleisch kostet dort 15 Kr. C.-M. und in Wien nur 13 Kr. — In gleicher Weise klagt man in Wieselburg, dem Kornmarkt, der sonst Wien mit Früchten versah, daß die Brotpreise höher stehen, als bei uns. — Die Prager Stadgemeinde ist mit einem ansehnlichen, sich auf 165,000 Gulden belaufenden Defizit versehen. — Unter den Auspicien des Unterrichtsministeriums und unter der Redaktion des bekannten Dichters Seidel, soll eine neue Gymnasial-Zeitung erscheinen. Seidel war selbst einer der verdientesten Gymnasial-Professoren zu Cilli, und ist bekanntlich gegenwärtig Custos im K. K. Antiken-Kabinet.

## Frankreich.

Paris, den 11. Januar. Fortwährend bildet die bekannte Note aus dem Elysée, worin erkärt wird, daß die Minister keine Schlappe erleiden können, so lange sie das Vertrauen des Präsidenten besitzen, einen Hauptgegenstand der Besprechung in den politischen Kreisen. Es gilt jetzt für Thatsache, daß L. Napoleon nicht nur diese Note, sondern auch die meisten Artikel in der ersten Nummer der neuen Wochenschrift „Napoleon“ selbst redigirte, und wir glauben daher, die nachstehenden bezeichnenden Gedanken aus den eben erwähnten Artikeln unseren Lesern nicht vorenthalten zu dürfen: „Was der Präsident seit einem Jahre gethan und womit er sich beschäftigt hat, ist wenig, wenn man will; aber es ist doch wenigstens etwas inmitten der Schwierigkeiten, die von allen Seiten her sich erhoben. Wir hoffen jedoch, daß er noch mehr thun, daß er alle Schwierigkeiten überwinden wird; denn die nie aufhörende Ursache seiner Stärke ist sein Ursprung. Auch wird er, und sollte er immer noch, wie am Tage seiner Wahl, alle alten und neuen Parteien, die ganze Presse und die ganze Verwaltung gegen sich haben, die Gesellschaft retten, die Ordnung und den Wohlstand wieder herstellen, mit einem Worte: seine Sendung vollenden, weil er die Masse des Volkes immer für sich haben wird und weil er sich von dem Glauben, der begeistert, und dem Willen, der vollführt, beseelt fühlt.“ An einer anderen Stelle wendet sich L. Napoleon an die republikanische Partei: „Die Feindseligkeiten der ehrgeizigen Republikaner gegen den Präsidenten der Republik sind eben so viele politische Fehler und Verblendungen. Sie beklagen sich über die Reaktion, die sie durch ihre Handlungen von gestern hervorgerufen haben, und ihre heutigen Handlungen rufen gleichsam irgend eine monarchische Restauration herbei. Louis Napoleon Bonaparte konnte sie allein gegen alte Erinnerungen und frische Befürchtungen schützen. Allein es liegt in der Leidenschaft exclusiver Parteien, daß sie entweder alles gewinnen oder alles verlieren wollen. Washington und der erste Consul Bonaparte begegneten demselben eigennützigen Hasse. Die Tugend des ersteren verachtete ihn; der Ruhm des letzteren zerschmetterte ihn. Die Verschiedenheit der Vereinigten Staaten und Frankreichs leitete das verschiedene Benehmen dieser beiden gleich sehr verkannten großen Männer. Wird Louis Napoleon die freie Wahl zwischen diesen beiden Vorbildern haben? Die Republikaner werden darüber entscheiden.“ — Georges Sand, welche ihre Memoiren einem hiesigen Buchhändler für 130,000 Fr. verkauft hat, ist hier eingetroffen, um den ersten Aufführungen eines von ihr verfaßten Drama's beizuwohnen; sie hat aber, einem Journal zufolge, von der Polizei den Befehl erhalten, die Stadt sofort zu verlassen. — Die Broschüre Ledru-Rollin's über den 13. Juni ist in Belgien nachgedruckt worden und wird in Massen von Exemplaren über die Grenze geschmuggelt. — Seit der Ankunft des außerordentlichen Regierungs-Commissars Lacoste sind Lyon und die umliegenden Departements mit einem förmlichen Gesundheitscordon gegen den Socialismus umzogen. Eine Menge demokratisch-socialistischer Journale, welche von Paris nach Lyon abgeschickt wurden, kamen unexpedirt mit der Post zurück. In Lyon selbst dürfen an öffentlichen Orten keine Journale dieser Gattung ausliegen. — Um Barbezieur (Departement der Charente im südwestlichen Frankreich) singen die Bauern ein Lied, dessen Refrain lautet: „Stecken wir auf die Spitze unserer Bayonnette den Kopf Louis Napoleons.“

— Unter den beim Beginne der heutigen Sitzung der National-Versammlung vertheilten Vorschlägen bemerkt man den von drei Mitgliedern des Berges für Theilung der Gemeindegüter und den von acht anderen Mitgliedern derselben Partei für Erhöhung des Soldes der Unteroffiziere und Soldaten um 15 Centimes räglich. (Der bekannte ministerielle Vorschlag verlangt bloß für die Unteroffiziere eine Solderhöhung von 20 Centimes.) Mehrere Zusatz-Anträge zu dem Gesetze gegen die Gemeindelehrer, die den Zweck haben, dasselbe zu mildern oder mit Garantieen gegen die Willkür der Präfekte zu umgeben, sind heute gemacht worden, und werden nach Erledigung einiger Gegenstände von untergeordneter Bedeutung discutirt. Dies führt eine neue Debatte über das ganze Gesetz herbei. Joly (von der Linken) giebt der Majorität zu bedenken, daß sie im Begriffe stehe, eine Waffe zu schmieden, die sich zuletzt gegen sie selbst kehren würde, wenn, wie es wahrscheinlich sei, die rothe Partei bei den nächsten allgemeinen Wahlen in Masse in die National-Versammlung kommen würde. („Das sind Drohungen!“ auf der Rechten.) Laborde (ein Legitimist) beklagt sich, daß in Frankreich immer die Freiheit versprochen werde und zuletzt nur Unfreiheit und Willkür komme. Er schlägt vor, dem Gesetze eine sechsmonatliche Dauer zuzugestehen; wenn aber bis dahin das organische Gesetz über den öffentlichen Unterricht nicht fertig sei, unbedingte Unterrichtsfreiheit eintreten zu lassen. Er äußert bei dieser Gelegenheit die Ansicht, daß die Association der Familienväter in den Gemeinden hinreichen würde, um für das Unterrichtswesen zu sorgen. Sein Vorschlag wird verworfen. Ein Redner von der Linken will Garantieen, daß die Regierung die ihr in die Hand gegebene Gewalt nicht benutzen werde, um auf die nächsten Wahlen einzuwirken. Der Unterrichts-Minister schweigt trotz der Interpellationen, die vom Berge aus an ihn ergehen. Zuletzt wird über das ganze Gesetz mit allen hinzugefügten Abänderungen, wovon die wesentlichste die ist, daß es nur 6 Monate lang gültig sein soll, nochmals namentlich abgestimmt und dasselbe mit 385 Stimmen gegen 223 definitiv angenommen. — Hierauf wird ein Vorschlag zur Instandsetzung des Saales der alten Deputirtenkammer für die Sitzungen der National-Versammlung discutirt, wofür ein Credit von 75,000 Franks verlangt wird. Ein Redner sucht nachzuweisen, daß ein Saal, der 459 Deputirte kaum fassen konnte, unmöglich für 750 Volksvertreter Platz haben kann. Sein Vortrag dauert fast anderthalb Stunden und die weitere Diskussion wird um 6 Uhr auf morgen vertagt.

— Die „Assemblée nationale“ läßt sich von einem Diplomaten in London, der schon öfters Ereignisse der Europäischen Politik, wie z. B. die Auflösung des Frankfurter Parlaments, vorausgesagt hat, Folgendes schreiben: Der König von Preußen, der den revolutionären Geist durch die Vernunft und einige Zugeständnisse zu besiegen hoffte, endlich aber anfängt, sich zu enttäuschen, ist jetzt fest entschlossen, diesen Geist durch die Gewalt zu verfolgen. Er handelt demgemäß, und zwar mit um so mehr Recht, als man von neuen Unternehmungen der Flüchtlinge unterrichtet ist. Dies wird der Gnadenstoß für die revolutionäre Partei in Europa sein. Der Plan, den sie gefaßt hat, ist noch immer derselbe. Sie hofft, von ihrem Centralpunkte (der Schweiz) aus sich über Piemont, das oberrheinische Deutschland und Würtemberg auszubreiten, um von dort aus die Rheinprovinzen und das Französische Elsaß zu gewinnen. Alles ist vorgesehen, und dieses unsinnige Unternehmen wird der Vorwand und das Zeichen zu einer Invasion der Schweiz durch Oesterreich und Preußen, vielleicht auch zu einer Besetzung von Piemont sein. Dies ist beschlossen. Die großen Cabinette gehen nicht eilig, aber sicher zu Werke. Was sie von vorn herein gewollt haben, das wollen sie auch noch jetzt und werden dabei (sie hoffen es wenigstens) mit Frankreich Hand in Hand gehen. Der aufgeklärte Geist des Prinzen-Präsidenten wird sie nicht im Stiche lassen. — Molé gab gestern eine Abendgesellschaft, wo sich fast alle politischen Berühmtheiten zusammenfanden. Alle Mitglieder des diplomatischen Corps und mehrere Minister waren anwesend; Aufsehen erregte der Gesandte des Bey von Tunis, Baron Raffo, durch seine Tracht und seine zahlreichen Decorationen. — Im Militair-Gefängnisse zu Bayonne verübten am Neujahrstage trunkene Sträflinge arge Gewaltthätigkeiten gegen den Schließer, so daß die Wache ihre Waffen gebrauchen mußte, wobei fünf der Tumultuanten verwundet wurden — Von verschiedenen Orten erfährt man, daß in dem tiefen Schnee, der in voriger Woche fiel, mehrere Menschen umgekommen sind. — Der Vice-Präsident der Republik, Hr. Boulay (de la Meurthe), hat den Betrag seines Gehalts vom 11. April bis 31. Decbr. 1849, d. h. eine Summe von 35,000 Fr. zu wohlthätigen Zwecken angewiesen. — Nach der „Assemblee Nationale“ begiebt sich der Cardinal Dupont als außerordentlicher Gesandter zum Papste, um ihn bei seiner Rückkehr nach Rom zu begleiten und das Französische Episcopat bei ihm zu vertreten. Das erwähnte Blatt meint, man müsse Hrn. Lahitte für diese Ernennung danken, weil sie die Römische Frage um einen bedeutenden Schritt vorwärts bringe. — Der Papst hat an unseren Erzbischof ein Antwortschreiben auf den Bericht desselben über das von ihm abgehaltene Provinzial-Concil ergehen lassen, worin er seine Billigung der Absicht des Prälaten ausspricht, im Einverständnisse mit dem Concil die Römische Liturgie wieder herzustellen. — Am 1. Jan. besaß Frankreich 16 in Benutzung befindliche Eisenbahnlinien, deren Länge zusammen 841 Kilometer (etwa 200 Stunden) beträgt; ferner 2 Linien in theilweiser Benutzung, zusammen 1057 Kilometer, und 11 im Bau begriffene Linien, zusammen 2200 Kilometer. Außerdem kommen noch 7 concessionirte und 14 projektirte Linien in Betracht. (Köln. Z.)

## Großbritanien und Irland.

London, den 8. Jan. (Forts. des gestr. Artikels.) Dagegen sagt der „Globe“: „Um sich den moralischen Beistand und die Sympathieen Englands zu sichern, braucht ein Staat nur beharrlich seine Freiheiten auszudehnen und die Basis seiner eigenen Autorität zu erweitern, indem er auf diese Weise thut, was in seinen Kräften steht, um die Wiederkehr jener Erschütterungen zu verhindern, welche das Gleichgewicht des ganzen Continents stören müssen. Einem solchen Staate wird England immer ein treuer Freund sein, und es mögen Fälle eintreten, wo das Bündniß mit uns die beste Vertheidigung gegen die Nebenbuhler, welche mitunter das Beispiel seiner friedlichen und kräftigen Entwicklung fürchten, oder auf den Erfolg derselben neidisch sind, sein wird.“ Von der „Times“ ist es gewiß sehr wohlwollend, daß sie der ganzen Welt Frieden und Freiheit geben möchte; nur sind leider die Garantieen, welche die Politik der „Times“ dem Frieden und der Freiheit Europa's und namentlich Deutschlands bieten würde, die schlechtesten, welche sich überhaupt denken lassen. Die „Times“ ist, wie sie sagt, jeder aggressiven Politik abgeneigt und stets eine Freundin der Ordnung und des Rechtes. Dagegen ist ebenfalls nicht viel einzuwenden. Daß wir aber nach den Erfahrungen der letzten beiden Jahre das Urtheil der „Times“ in Bezug darauf, wo in den Conflicten der verschiedenen Nationen und Staaten oder den Kämpfen der streitenden Elemente im Inneren dieser Staaten Recht und Unrecht ist, wer der Angreifer und wer der Angegriffene ist, auf welchen Wegen Friede und Freiheit am besten erlangt und bewahrt werden können, als maßgebend oder auch nur als leitend ansehen sollten, wäre eine etwas starke Zumuthung. Gegen die erfurter Versammlung eifert die „Times“ natürlich noch fortwährend, verdächtigt die Absichten Preußens und sucht es als die größte Inconsequenz Lord Palmerston's darzustellen, wenn er zu Gunsten des deutschen Bundesstaates wirke. Um Letzteres zu beweisen, wird eine englische Note vom Jahre 1834 citirt, die aber durchaus aller Beweiskraft entbehrt, weil die darin berührten Verhältnisse mit denen, um welche es sich hier handelt, nicht die geringste Analogie haben. Der „Globe“ auf der anderen Seite spricht entschiedener als je für Erfurt und den Bundesstaat. „Vor einigen Tagen“ — heißt es — „machten wir auf die Bande aufmerksam, welche seit lange England mit Frankreich, Preußen und Sardinien verknüpft haben, und es liegt am Tage, daß derartige Bande hauptsächlich von dem Grade abhangen, in welchem jeder dieser Staaten die von uns aufgestellte Regel beobachtet hat. Während andere Theile Italiens und Deutschlands sich in dem Wirbel eines revolutionären Todtentanzes drehten, und die absoluten Mächte sich zu einem bloßen hartnäckigen Vertrauen auf bloße militärische Stärke kräftigten, waren jene drei Staaten sämmtlich im Stande, die Revolution zu zügeln, und haben den Willen gezeigt, bei den Grundsätzen vernünftiger und geregelter Freiheit zu verharren. Eine bessere Rechtfertigung der herzlichen Ermuthigung, welche ihnen von Seiten Lord Palmerston's zu Theil geworden ist, kann es nicht geben. In der Einbildungskraft unserer lebhaften pariser Brüder von der Presse hat sich das gegenseitige gute Einvernehmen schon zu Planen eines förmlichen Bündnisses gestaltet, welche wenigstens in diesem Augenblick sehr wenig Wahrscheinlichkeit haben. Aber nichts ist klarer, als daß ein bewaffnetes Einschreiten von einer andern Seite leicht eine solche Combination herbeiführen könnte; und nichts Gutes kann daraus entstehen, wenn wir uns zu dem trügerischen Glauben verleiten lassen, als wenn alle Elemente des Urtheils in dauerndem Schlafe lägen. So viel wir wissen, ist es bei den österreichischen Organen der Presse noch immer die Mode, eine Scheidelinie zwischen Lord Palmerston's Ansichten und denen der Nation, welche er repräsentirt, zu ziehen. In England ist das natürlich von gar keiner Wirkung, aber es kann Politiker des Festlandes, welche geneigt sind, auf eine politische Reaction zu speculiren, auf höchst gefährliche Weise irre leiten. Man darf sich darüber nicht täuschen, daß in dieser Sache eine vollkommene Identität der Gesinnung herrscht. Kein diplomatisches Ereigniß seit dem Tode Canning's hat in solchem Grade die allgemeine Stimme der Beglückwünschung und des Beifalls hervorgerufen, als Lord Palmerston's Entschluß, die ungarischen Flüchtlinge nicht im Stich zu lassen. In der deutschen Frage liegt unser Interrsse noch heller am Tage und ist unsere Politik noch bestimmter vorgezeichnet. Alles, was England oder ein englischer Minister Deutschland wünschen kann, ist, Deutschland einig, zufrieden und ruhig zu sehen. Es würde voreilig sein, mit Zuversicht von dem Erfolge zu sprechen, der, wie wir hoffen, das erfurter Parlament in seinem Ringen nach diesem Ziele begleiten wird. Jedenfalls ist bis jetzt noch kein anderer Vorschlag gemacht, von welchem wir uns so viel versprechen dürfen, und wenn Fürst Schwarzenberg Lust hat, sich in einen Wettstreit einzulassen, so würde er am besten thun, einen Beweis seiner Urtheilskraft und staatsmännischen Einsicht durch Wiederherstellung der Ruhe und des Credits in dem Reiche, welches gegenwärtig seiner Sorge anvertraut ist, abzugeben.“

— Im „Manchester Guardian“ lesen wir Folgendes: „Die „Times“ meldete vor Kurzem, die britische Regierung unterhandle mit der dänischen wegen des Ankaufes der dänischen Niederlassungen und Forts an der Goldküste, um die Conflicte zwischen den Behörden zu vermeiden, durch welche die dortigen fiscalischen und commerciellen Verhältnisse beeinträchtigt werden. Wir können jetzt aus bester Quelle versichern, daß das Protocoll eines Vertrages, durch welchen diese Forts und Niederlassungen an die britische Regierung abgetreten wergen, in London unterzeichnet worden ist. Einer der Hauptzwecke, die man bei diesem Vertrage im Auge gehabt, ist der: den Baumwollenbau, für welchen das Klima und der Boden der Goldküste besonders geeignet ist, zu cultiviren.“ — Die Nachrichten aus der Capstadt sprechen von der ernsthaften Erkrankung des Gouverneurs, Sir Henry Smieth; im Falle seiner Genesung wird derselbe wahrscheinlich seinen jetzigen Posten verlassen und nach England zurückkehren.

## Rußland und Polen.

Petersburg den 4. Januar. Der „Russische Invalide“ enthält nachstehenden Kriegs-Bericht aus dem Kaukasus: „Die mit glücklichem Erfolge ausgeführten Kriegs-Operationen, zur Unterwerfung der kleinen Tschetschna unternommen, haben die Ruhe im Kreise von Wladikawkask und auf der grusinischen Militairstraße befestigt. Jedoch noch ein Zufluchtsort war den Raubhorden geblieben, der im Südosten von jener Straße liegende unzugängliche galaschewsche Engpaß. Ihre Streifzüge innerhalb unserer Gränzen, wenn sie auch nur von nicht zahlreichen Haufen ausgeführt wurden, erheischten Ahndung; sodann mußte, sollten sie unterworfen werden, nach diesem Engpaß hin ein Weg gebahnt werden, den unsere Truppen zu jeder Zeit passiren konnten. Zur Erreichung dieses doppelten Zweckes gab der Ober-Commandirende des abgesonderten kaukasischen Corps dem General-Major Iljinski den Befehl, gegen Ende des November 6½ Bataillon Infanterie, 1 Sapeur-Compagnie, 4 Berggeschütze, 8½ Sotnien Kosaken, 3 Sotnien Miliz und 1 Raketen-Commando zusammen zu ziehen.“ Nun folgt eine Beschreibung des Zuges, der natürlich, we-

nigstens im Bericht, mit dem schönsten Erfolg gekrönt war. Die Galaschewzen flohen in die Wälder, baten um Gnade und stellten Geißeln. Die Russen verloren nur die bekannten zwei Mann. Ihr Haupterfolg scheint indeß gewesen zu sein, daß sie in einem Umkreise von 30 Werst alle Aule und Höfe zerstört. Wem fällt bei diesen ewigen Siegesberichten über den trotzdem noch unbezwungenen Kaukasus nicht das Wort des Tacitus ein: Tamdiu Germania triumphatur!

## Türkei.

Konstantinopel, den 19. Decbr. Ein merkwürdiger Conflict ist eben eingetreten, der von bedeutenden Folgen sein kann. Der österreichische Gesandtschafts-Geistliche hat eine Haustaufe beim österreichischen Gesandtschafts-Kanzler, welche der betreffende Pfarrgeistliche verweigert hatte, in Gegenwart des Grafen Stürmer und des General-Consuls, Hr. Michanowich, vollzogen, weil ein ärztliches Attest über die Kränklichkeit des Kindes und die Nothwendigkeit der Haustaufe bei dem kalten regnerischen Wetter vorlag. Nun ist derselbe vom hiesigen katholischen Erzbischofe zur persönlichen Abbitte oder dreitägigem Hausarrest und schriftlicher Abbitte verurtheilt worden; wo nicht, soll er mit dem Interdicte belegt werden. Natürlich wird die österreichische Gesandtschaft seinen Entschluß, sich dem nicht zu unterziehen, unterstützen und nöthigenfalls auf eine unabhängige Stellung ihres Gesandtschafts-Geistlichen hinarbeiten. (D. A. Z.)

## Kammer-Verhandlungen.

83. Sitzung der zweiten Kammer vom 14. Januar.

Der Präsident eröffnet die Sitzung um $10\frac{1}{4}$ Uhr.

Auf die Interpellation des Abg. Beseler, welche wir unten mittheilen, erklärt der Minister des Auswärtigen, er werde dieselbe am nächsten Montag beantworten.

Ein Antrag des Abg. Hesse (Sangerhausen), welcher verlangt, in den Etats künftig keine Gratifikationen mehr anzusetzen, wird in zweiter Lesung angenommen.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der zweite Commissionsbericht über das Budget, von der Verwaltung der Domainen, Forsten und direkten Steuern. Die Kommission beantragt zunächst, die Kammer wolle erklären, daß sie gegenwärtig nicht für rathsam hält, ohne besondere und dringende Veranlassung, mit der Veräußerung größerer Domainengrundstücke vorzugehen. Abg. Riedel will der Regierung die Initiative überlassen und beantragt den Uebergang zur Tagesordnung, der auch von der Kammer angenommen wird. Ein zweiter Antrag, welcher verlangt, daß in das Budget ein spezieller Nachweis über das Areal der Domainen und die Ertragsverhältnisse aufgenommen werde, wird, ohngeachtet der Einrede des Finanzministers, mit 161 gegen 128 Stimmen angenommen. Ein Antrag, die Domainen künftig nur im Wege des Meistgebots zu veräußern, wird abgelehnt. Ueber eine außerordentliche Ausgabe von 25,000 Thalern, behufs der Wiesenberieselung am Schwarzwasser erhebt sich eine lebhafte Debatte, die mit der Annahme des Commissions-Antrages schließt, wonach die 25,000 Thaler vorläufig von dem Etat für 1849 gestrichen werden, bis über den ganzen Operationsplan an der Brahe Beschluß gefaßt ist. Ein Antrag, der die Verpachtung der dem Fiscus gehörigen Jagden durch Meistgebot veranlassen will, wird verworfen. Der Unterstützungsfond für die Forstbeamten wird dem Antrage der Kommission gemäß von 6740 auf 3500 Thaler für 1849 herabgesetzt. Die Hauptsumme der Forstverwaltung und ebenso des Domainenetats, endlich der Central-Verwaltung für Domainen und Posten wird angenommen.

Schluß $2\frac{1}{2}$ Uhr. Nächste Sitzung: morgen, Dienstag 12 Uhr.

Interpellation an das Königl. Staats-Ministerium.

Die Rechtsbeständigkeit des im Großherzogthum Mecklenburg-Schwerin zwischen der Staatsregierung und der Landesvertretung vereinbarten und am 10. Okt. v. J. verkündeten Staatsgrundgesetzes ist von verschiedenen Seiten angefochten worden, indem theils agnatische Proteste dagegen eingelegt sind, theils von der Mecklenburg-Strelitzischen Staatsregierung bei dem Bundesschiedsgerichte zu Erfurt Klage dagegen erhoben ist. Außerdem aber stellt ein Theil der Mecklenburgischen Ritterschaft die Rechtsgültigkeit des Staatsgrundgesetzes in Abrede, und hat sich glaubwürdigen Nachrichten zufolge an die provisorische Bundes-Kommission in Frankfurt a. M. gewendet, um dieselbe zu veranlassen, in dieser Angelegenheit gegen die Mecklenburg-Schwerinsche Staatsregierung einzuschreiten. Als Grund für diese Berufung soll die Garantie angeführt werden, welche am 25. Mai 1818 von der Deutschen Bundes-Versammlung für die Mecklenburgische Patent-Verordnung vom 28. Nov. 1817 betreffend den Instanzenzug in Streitigkeiten zwischen dem Landesherrn und den Ständen übernommen ist.

Dieser Berufung an die provisorische Bundeskommission ist außer andern Gründen angeblich entgegengestellt worden, daß die Kommission nicht die Nachfolgerin der aufgehobenen Bundesversammlung ist, und die Garantie des angeführten Gesetzes nur für diejenigen Bestimmungen übernommen ist „in welchen auf den Bundestag Bezug genommen worden." In einer Note des Königl. Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten soll dagegen die Ansicht ausgesprochen sein, daß die Bundes-Kommission mit dieser Frage der Garantie sich zu beschäftigen habe, und die Mecklenburg-Schwerin'sche Regierung sich dawider auf das Bündniß vom 26. Mai v. J. und auf die Preuß. Seits am 8. Okt. v. J. im Verwaltungsrath abgegebene Erklärung berufen haben.

Wenn die Sache sich also verhält, so steht zu befürchten, daß die provisorische Bundes-Kommission in dieser Angelegenheit sich eine Kompetenz beilegen möchte, welche ihr nach dem Vertrage vom 30. Sept. v. J. nicht zukommt, und welche nach den von der Königlichen Regierung abgegebenen Erklärungen und nach dem Beschluß der zweiten Kammer vom 3. Dez. v. J. ihr nicht beigelegt werden kann. Es steht zu befürchten, daß dadurch zwischen der provisorischen Bundes-Kommission und den durch den Vertrag vom 26. Mai v. J. angeordneten Behörden ein Conflict entstehen, und daß das Vertrauen der verbündeten Regierungen auf die Deutsche Politik Preußens wesentlich geschwächt, und somit die Zukunft des Deutschen Bundesstaates ernstlich bedroht werde.

Unter diesen Umständen halten sich die Unterzeichneten für verpflichtet, an das Königl. Staatsministerium folgende Fragen zu stellen: I. Hat die Regierung Sr. Majestät es als rechtlich zuläßig bezeichnet, daß die provisorische Bundes-Kommission in Frankfurt sich für competent erkläre, an Stelle der früheren Deutschen Bundes-Versammlung die von letzterer am 25. Mai 1818 übernommene Garantie der Mecklenburgischen Patent-Verordnung vom 28. November 1817 zu vollziehen? II. Was ist von der Regierung Sr. Maj. geschehen, um in der Streitigkeit der Mecklenburg-Schwerinschen Staatsregierung mit einem Theile der Ritterschaft, insoweit solche vor die provisorische Bundes-Kommission gezogen ist, das Bündniß vom 26. Mai v. J. vollständig zu wahren und zu vertreten? III. Hat die Regierung Sr. Maj., der am 8. Oktober v. J. von dem Vorsitzenden im Verwaltungsrathe abgegebenen Erklärung gemäß, das Erforderliche veranlaßt, um die in der angeführten Streitsache etwa beabsichtigten Anordnungen der Bundes-Kommission zuvor zur Kenntniß und Beurtheilung des Verwaltungsrathes zu bringen?

Berlin, den 10. Januar 1850. (gez.) G. Beseler.

Unterstützt von: Simson. Duncker. Freih. v. Canitz. Bürgers. Geßler. v. Bardeleben. Techow. Schmidt (Cöln). Harkort. Pasterts. Leineweber. v. Veltheim. Bleibtreu. Fubel. Daubert. Hesse (Brilon). Schmidtborn. Berndt (Nimptsch). Gisevius. v. Hilgers (Coblenz). Oppenhoff. Ulfert. Geb. Lensing. Contzen. Cläßen. v. Viebahn. Dohm. Lancelle. Schwiedler. Cassel. Aldenhoven. Schulenburg. v. Beughem. Langer. Heyl. Graf Dyhrn.

## Locales 2c.

Posen, den 16. Januar. Der gestrige Berliner Bahnzug traf hier statt um $10\frac{1}{2}$ früh, erst um 2 Uhr Nachmittags ein; der Abendzug, welcher um 8 Uhr ankommen sollte, ist bis jetzt $10\frac{1}{2}$ Uhr Morgens noch nicht angelangt. Die Ursache dieser auffälligen Verzögerung ist uns nicht bekannt geworden; man vermuthet jedoch, daß Schneeanhäufungen auf der Bahn dieselbe veranlassen. Wegen Ausbleibens des Zuges haben wir auch weder die gestern Abend fälligen Zeitungen, noch Correspondenzen aus Berlin erhalten. — Endlich — um $11\frac{1}{2}$ Uhr ist der gestrige Abendzug eingetroffen, nachdem derselbe durch zwei Schneestopfungen, nämlich erst bei Wronke und dann bei Rokitnica im Vorrücken verhindert worden war. — Dagegen steckt der heutige Zug gleichfalls fest, wir haben jedoch nicht erfahren können, an welcher Stelle.

□ Ostrowo, den 14. Januar. Mit dem heutigen Tage wurden die Assisen wieder eröffnet. Der Gerichtshof bestand aus dem Apellationsgerichts-Rath Kutzner aus Posen, als Präsidenten, aus dem Ger.-R. Meerkatz und den Assessoren Mechow, Laue und Kunkel. Als Dolmetscher fungirte der Sekretair Bielawski. Auf der Anklagebank befand sich der Schulze Gierz aus Gostylin. Der Referendarius Mycielski aus Posen fungirt als Defensor. Von den 36 Geschworenen wurden folgende 12 ausgeloost: Joseph Wezyk, Ozegalski, Jos. Kurozewski, Hecht, Sandberg, Ungar, Licht, Biberstein, Lewinsohn, Klose, Richter und Goerlitz. Der Präsident eröffnete die Sitzung mit einer Rede, worin er des Vorwurfs erwähnte, der der Oktobersitzung gemacht worden, wegen der Strenge, mit welcher die politischen Verbrecher hier bestraft wurden. Indem er aber auf die Schilderhebung vom Jahre 1848 hinwies, wodurch deren Bestrafung gerechtfertigt werde, schloß er seinen gediegenen Vortrag mit der Hoffnung, daß die Geschworenen nach Pflicht und Gewissen Handeln werden, um so mehr, da diese Institute in jüngster Zeit den herrlichsten Triumph gefeiert hätten. Hierauf hob der Staats-Anwalt Herzberg, dessen seltene Rednergabe und Scharfsinn aus der Oktobersitzung in noch frischem Andenken ist, indem er eine schlagende Uebersicht der ersten Assisen entwarf, ganz besonders hervor, wie es bei der Untersuchung hauptsächlich darauf ankomme, durch welche Hände die Sache gehe. Gleichzeitig verwies er aber auch auf die Aburtelung der Frydzinskischen Angelegenheit, wo Geschworene polnischer Zunge nur kraft ihres Amtes als Geschworene fungirt hätten. Hierauf wurde die Anklage verlesen. Inkulpat wurde beschuldigt, aufgemuntert durch den Geistlichen Oswolski, die Bauern aus Gostylin aufgefordert zu haben, nach Pleschen und Raschkow zu ziehen, um dem Insurgenten-Corps sich anzureihen, und auf Ansuchen eines gewissen Muschelski Sturm geläutet zu haben. Angekl. bestreitet die erste Beschuldigung und will zur Ausübung der zweiten durch harte Drohungen veranlaßt worden sein. Die hierüber vernommenen Belastungszeugen konnten im Ganzen dem Angeklagten die Aufforderung zur Theilnahme an dem Aufruhr nicht vollkommen nachweisen, weßhalb der Staatsanwalt, als er das Resumé der Verhandlung gab, und mit kurzen Andeutungen Hochverrath von Aufruhr sonderte und darauf hinwies, wie nur diejenigen Personen, welche die Fäden des Getriebes in den Händen gehabt, als Hochverräther zu erachten wären, während so viele andere, gleich dem gegenwärtigen Angeklagten, nur als blinde Werkzeuge der Agitatoren gedient hätten, erklärte, daß er im vorliegenden Falle nicht auf das „schuldig" antragen könne. Der Defensor entwickelte in Polnischer und Deutscher Mundart die Idee, daß es die Aufgabe der Geschworenen wäre, sich ganz in die Lage und Verhältnisse des Angeklagten zu versetzen, ihr eigenes Gewissen zu befragen, ob sie nicht unter ähnlichen Umständen und Einwirkungen eben so gehandelt hätten. Ferner, daß das Begnadigungsrecht, welches bis jetzt eine Prärogative der Krone gewesen und noch ist, zum Theil auf die Geschworenen übergegangen wäre, und daß sie nach Pflicht und Gewissen hiervon Gebrauch machen sollten. Die den Geschworenen gestellte Thatfrage lautete: Ist der Angeklagte schuldig, bei einem Unternehmen sich betheiligt zu haben, das die Absicht hatte, den Anordnungen der Regierung sich zu widersetzen oder etwas von ihr zu erpressen? Das „Nichtschuldig" wurde, wie zu erwarten stand, von den Geschworenen ausgesprochen.

χ Bromberg, den 13. Januar. Bei den Behörden sind mehrfach Anzeigen erfolgt, daß sich Wölfe in größerer Zahl als gewöhnlich zeigen. Eine Oberförsterei hat in dieser Beziehung an die hiesige Regierung einen interessanten Bericht erstattet, aus welchem hervorgeht, daß sie hie und da sogar in Gruppen von 4 bis 6 Stück umherziehen und den Reisenden den Weg versperren. So haben letztens Bauern aus dem Dorfe Wodzek, welche zu Fuß reisten, in der Nähe ihres Dorfes 4 Wölfe auf dem Wege liegend gefunden und mußten, da dieselben nicht weichen wollten, wieder umkehren. Auch einem Schlitten widerfuhr dasselbe Schicksal. Endlich wurden die unangenehmen Wegelagerer durch einen herzugekommenen Jäger, der Feuer auf sie gab, vertrieben. Die ungewöhnlich große Anzahl, in der sie erscheinen, erklärt sich durch den Umstand, daß die Weichsel gefroren ist und sie daher aus den Polnischen Waldungen jenseits dieses Flusses herüberkommen können; ihre Verwegenheit ergiebt sich aber aus dem Mangel an Nahrung, dem sie bei dem tiefen Schnee ausgesetzt sind.

ծ Gnesen, den 12. Januar. (Schwurgerichts-Verhandlung. Schluß.) Nachdem endlich auf den Antrag der Vertheidigung noch der Zeuge Molinski (Bruder des Angeklagten), der als Beauftragter des Polnischen National-Comites zu Posen die Einsezzung von Zweig-Comites im Mogilner Kreise bewirkt hat, behufs einer Schilderung der damaligen Zustände an den genannten Orten vernommen war, wurde die Beweisaufnahme geschlossen. Im Ganzen waren 116 Zeugen vernommen worden, 16 vorgeladene Zeugen wurden nicht vernommen, weil die von ihnen zu bekundenden Thatsachen schon anderweitig festgestellt waren. Sieben Zeugenaussagen sind außerdem verlesen, zwei Zeugen waren nicht erschienen.

Am Beginn des letzten Sitzungstages in diesem Prozesse (d. 11.) erhob sich zunächst der Staats-Anwalt zur Begründung der Anklage. In dem allgemeinen Theil seiner mehr als dreistündigen Rede schilderte derselbe zunächst die Vorgänge des Frühlings 1848 in hiesiger Provinz vom gouvernementalen Standpunkte aus. Das Versprechen der Reorganisation sei nicht abgewartet, man habe mit Gewalt von der Regierung das Gewünschte erzwingen wollen. Es liege also nach §. 167 Th. II. Tit. 20 des A. L.-R. das Verbrechen des Aufruhrs vor, da die gesetzlichen Behörden noch immer in Kraft geblieben seien, wobei es nicht darauf ankommen könne, ob der eine oder der andere Beamte seiner persönlichen Sicherheit wegen, zeitweise abwesend gewesen sei; keine der sogenannten polnischen Behörden sei dagegen von der Regierung autorisirt oder anerkannt gewesen. Die Aeußerung des Generals von Hirschfeld, worauf die Vertheidigung vielleicht Gewicht legen würde, sei durchaus kein Entschuldigungsmoment für die Bewaffnung, denn einerseits habe der General ausdrücklich die Bedingung hinzufügt, daß man die Ereignisse in Ruhe abwarten müsse, andererseits könne sie jedenfalls nur als Privatäußerung betrachtet werden, da die Militairbehörde nicht das Regierungsorgan der Provinz sei. Das in Betreff der Beschlagnahme der Kassen geltend gemachte Motiv der Sicherung derselben sei um so nichtiger, wenn man damit die Freilassung der Verbrecher aus dem Gefängnisse zusammenhalte, und wisse, daß die Kassen so sicher gestellt wären, daß über den Verbleib der Gelder bis jetzt noch nichts habe ermittelt werden können.

Indem der Staats-Anwalt nunmehr auf den speciellen Theil der Anklage überging, beantragte derselbe unter angemessener Motivirung:

1) Gegen den Angeklagten Wienicki wegen Uebernahme des Amts als Woyt und Absetzung der Beamten,

2) 3) 4) Gegen Wienkowski, Molinski und Dr. Ney wegen Betheiligung an den Beschlüssen des Comite und Theilnahme an dem bewaffneten Zuge nach Mogilno,

5) Gegen Woyna wegen des bewaffneten Zuges nach Strzelno, (der mindestens, auch die Richtigkeit des Motivs vorausgesetzt, durchaus nicht seines Amtes gewesen)

6) 7) Gegen Celichowski und Elman wegen Beschlagnahme der Kassen und obrigkeitlicher Proklamationen,

8) Gegen Buzalski wegen Beschlagnahme von Kassen,

9) Gegen Sotański, wegen Theilnahme an einem bewaffneten Zuge nach Rogowo und der Thätigkeit als Woyt,

10) 11) 12) Gegen Ruchay, Schmidt und Just, wegen Theilnahme an bewaffneten Zügen, Anordnung von Bewaffnung und Entfernung der Adlerschilde,

13) Gegen Gonski wegen seiner Funktionen als Kreis-Commissar, Beschlagnahme der Kassen und Freilassung der Gefangenen,

14) Gegen Brzezinski — trotz der Widerlegung einzelner Anklagepunkte — wegen Theilnahme an den Beschlüssen des Comite und Unterzeichnung des Befehls zur Beschlagnahme der Kassen und Freilassung der Gefangenen,

das „Schuldig" auszusprechen; dagegen

15) 16) 17) Die Angeklagten Obst, Rudzkiewicz (das allein einigermaßen erwiesene Tragen der polnischen Fahne sei kein Verbrechen) und Koczorowski in Folge günstiger Beweisaufnahme für „Nichtschuldig" zu erklären.

Zum Schlusse sprach der Staatsanwalt sein Vertrauen zu den Geschwornen aus, dieselben würden ohne politische und nationale Parteinahme streng und gewissenhaft alle Momente für und gegen die Angeklagten abwägen und nur danach den Spruch fällen, wohin die Wage des Rechts nach gewissenhaftester Prüfung sich neige. Er habe in diesem Vertrauen ja auch bei der Ausloosung der Geschworenen von seinem Rechte keinen Gebrauch gemacht und Niemanden abgelehnt, als einen Einzigen, und diesen nur allein deshalb, weil bereits dessen Vater als Geschworener zuvor angenommen gewesen sei. „Richten Sie," schloß der Staats-Anwalt, „richten Sie unparteiisch und vorurtheilsfrei, richten Sie so, wie Sie es vor dem Volke, in dessen Auftrage Sie hier sind, wie Sie es vor dem höchsten Richter in letzter Instanz verantworten können.

Nach der Mittagspause von $1\frac{1}{2}$ Stunden trat zunächst der Defensor, Rechtsanwalt Kellermann, auf, der von 13 Angeklagte gewählt, den Uebrigen ex officio zugeordnet war, und schilderte seinerseits die polnische Erhebung vom nationalen Gesichtspunkte aus, und die daraus entstandenen Zustände. Nach der siegreichen Volkserhebung in Berlin, sei auch in den Polen die Hoffnung auf Wiederherstellung ihres Vaterlandes erwacht und diese Hoffnung durch die Königliche Verheißung der Reorganisation genährt worden. Es hätten sich die Comite's gebildet, um die Entwickelung der nationalen Sache zu befördern, ungehindert von den, in ihrer Wirksamkeit thatsächlich gelähmten Behörden, ja unter deren Augen, und von diesen zum Theil selbst anerkannt, wie die Kreis-Commissarien von dem Kgl. Commissarius, General v. Willisen ausdrücklich den Landräthen an die Seite gestellt, die Gensd'armerie durch den Obersten v. Natzmer zum Gehorsam gegen die polnischen Comite's angewiesen seien; (der Oberst von Natzmer wurde, wie dagegen der Staatsanwalt hervorhob, dieses Befehls wegen bekanntlich am folgenden Tage seines Dienstes entlassen,) und wie der General v. Willisen, mit den polnischen Heerführern die Convention von Jaroslawice abgeschlossen haben. Auch das polnische Militair habe sich unter den Augen der Behörden auch da gesammelt, wo Jene es leicht hätten verhindern können, z. B. in Posen, die Aeußerung und das Benehmen des General v. Hirschfeld zeige, wie man die Ansammlung von Wehrhaften damals für durchaus nichts Ungesetzliches angesehen haben.

Es könne aber in den, den Angeklagten zur Last gelegten Thatsachen, auch wenn sie theilweise nicht in der Ordnung oder gar strafbar sein sollten, wenigstens nicht das Verbrechen des Aufruhrs gefunden werden, da die Definition des A. L. R. auf seine Clienten nicht passe. Er beantrage daher, ohne auf eine specielle Vertheidigung einzugehen, die er hiernach für überflüssig halte, über sämmtliche Angeklagte das „Nichtschuldig" auszusprechen.

Nach dieser kurzen, aber kräftigen Rede erhoben sich nun auf die Frage des Vorsitzenden noch die Meisten der Angeklagten zu eigenen Vertheidigungsreden in polnischer Sprache, worin theils das vom Defensor Angedeutete noch ausführlicher entwickelt, theils auf die besonderen Anklagepunkte noch einmal eingegangen wurde. Am bedeutendsten war auch hier wieder die $1\frac{1}{2}$ stündige Rede des Probstes Brzezinski, der, wie er sagte, nicht in seinem persönlichen Interesse, sondern für die nationale Sache eine ruhige, doch warme Vertheidigung des Verhaltens der Angeklagten versuchte, indem er noch einmal ein vollständiges Bild der Bewegung und ihrer Stellung zur Preußischen Regierung, von seinem Standpunkte aus, aufrollte. Ueber die von ihm verfügte Befreiung der Gefangenen sagte er, daß die Befreiung ihrer Brüder in Berlin diesen Gedanken erweckt habe; daß unter den 40 Gefangenen auch Spitzbuben gewesen, sei möglich, und hätten sie dies gewußt, so würden sie diese nicht befreit haben, eben so wie man

auch die 4 Mörder nicht entfesselt hätte; es wären aber auch Schuldgefangene und andere wegen leichter Vergehen Detinirte unter den Gefangenen gewesen. Seine Betheiligung an der nationalen Sache und an den Maaßnahmen des Comité's insbesondere habe er als eine Pflicht der Religion angesehen.

Nach dieser Rede erfolgte von Seiten des Vorsitzenden die Fragestellung und zwar bei jedem Angeklagten zunächst in Antreff der ihm zur Last gelegten Thatsachen, sodann darüber, ob der Angeklagte dadurch nach dem citirten §. des A. L. R. schuldig sei.

Die Geschworenen zogen sich zurück. Nach $1\frac{1}{2}$ Stunde traten sie wieder ein, und der Vorsitzende verkündete das Urtheil. Es lautete für alle Angeklagten auf: Nichtschuldig. Der Gerichtshof sprach die Angeklagten frei. Schluß der Sitzung $10\frac{1}{2}$ Uhr. Dieselbe hatte mit Abrechnung der Pause zwölf Stunden gedauert. Nur bei zweien der Angeklagten soll der Spruch schwankend erschienen sein.

Die Theilnahme des Publikums an den Verhandlungen steigerte sich mit jedem Tage und war namentlich am letzten Tage sehr bedeutend. Vorherrschend war natürlich auch unter den Zuhörern die polnische Nationalität vertreten, welche den Verhandlungen mit reger Theilnahme folgten, und deren laute Beifallsbezeugungen bei den Reden der Angeklagten wiederholt und ernst von dem Vorsitzenden gerügt werden mußten. Die Leitung der Verhandlungen, die stets in derselben Ruhe und strengen Unparteilichkeit sich bewegte, hat gewiß überall hier lebendige Theilnahme gefunden. Ohne uns übrigens auf eine Kritik des Ausspruchs der Geschworenen einzulassen, was überall unstatthaft erscheint, können wir das, freilich subjective, Urtheil nicht verhehlen, daß die übrige Verhandlung und namentlich die ruhige, leidenschaftslose und doch das Interesse der Staatsregierung vollkommen wahrnehmende Rede des Staatsanwals Hantelmann,. den Eindruck einer, von politischen und nationalen Rücksichten durchaus freien Rechtspflege darbot; — etwas das nicht erst besonders zu erwähnen wäre, wenn nicht von verschiedenen Seiten in der jetzigen politisch-zerrissenen Zeit die politische Unparteilichkeit der Richter und die politische Leidenschaftslosigkeit der Staatsanwaltschaft — gleichviel ob mit Recht oder mit Unrecht — öfter in Zweifel gestellt würde. —

Verantw. Redakteur: C. C. H. Violet.

## Musikalisches.

Dienstag, den 21. Jan. wird der Pianist Herr Krug, Schüler des Mus.-Dir. Birnbach in Berlin, ein Konzert im Saale der Bürgergesellschaft veranstalten, wozu wir ihm um so mehr eine rege Theilnahme wünschen, als der Verlust des Augenlichts einerseits, so wie andererseits seine bemerkenswerthe Fertigkeit und Sicherheit, mit der Herr Krug die combinirtesten Passagen ausführt, dazu wohl berechtigen dürften. Mögen diese anerkennenden Worte etwas dazu beitragen, seine unermüdlichen Bestrebungen durch zahlreichen Besuch belohnt zu sehen.

Kambach.

## Angekommene Fremde.

Vom 16. Januar.

**Lauk's Hôtel de Rome:** Kfm. Müller a. Berlin; Gutsb. v. Skarzyński a. Sokołowo.
**Bazar:** Gutsb. Moszczeński a. Zołądowo.
**Hôtel de Bavière:** Partik. Graf Tyszkiewicz a. Siedlec; Gutsb. Hoffmann a. Tarnowo.
**Schwarzer Adler:** Wirthsch.-Kommiss. Koralewski a. Słupia; Gutsb. v. Suchorzewski a. Tarnowo.
**Hôtel de Vienne:** Partik. v. Kurowski a. Kempa; Probst Sibilski a. Scharfenort; Gen.-Bevollm. v. Haides a. Miloslaw.
**Hôtel à la ville de Rome:** Gen.-Bevollm. Hedinger a. Brody; Probst Apolinarski a. Mokrze; Probst Franke a. Opporowo.
**Hôtel de Dresde:** Gutsb. Poluga a. Przylepki.
**Hôtel de Berlin:** Probst Borowicz a Doruchowo; Gutsb. v. Chelmicki a. Wreschen.
**Hôtel de Paris:** Die Gutsb. Ciesielski a. Bielawy u. Krasicki a Mąkoczyn.
**Hôtel de Hambourg:** Kfm. Więsmierski a. Gąsawa; Bürger Bojanowski a. Goniczki; Probst Hübner a. Wieszczyczin.
**Im Eichenkranz:** Vorwersbes Krause a. Bogdanowo.
**Große Eiche:** Kfm. Sokolnicki u. Gutsb. Suchorzewski a. Wszemborz; Pächter Kopf a. Brzozogay; Gutsb. Hacke aus Nowiec.
**Zur Krone:** Die Kaufl. Liebenwalde a. Meseritz; Reich u Joachimsohn a. Samter; Aronheim a. Zerkow u. Rothmann a. Wągrowiec.
**Drei Sterne:** Die Kaufl. Piotrowski a. Jarocin u. Kempner a. Słupia; Pächter v. Koszucki a. Cieluścin; Wirthsch.-Beamter v. Kropiewnicki a. Zrenica.
**Drei Lilien:** Wirthsch.-Insp. Zapalewski a. Pomarzany.
**Im Reh:** Kfm. Modalkiewicz u. Lehrer Jablonski a. Schroda.

## Markt-Bericht.

Berlin, den 14. Januar.

Am heutigen Markt waren die Preise wie folgt: Weizen nach Qualität 52—56 Rthlr. Roggen loco und schwimmend $26\frac{1}{2}$—28 Rthlr., pr. Frühjahr $27\frac{1}{4}$ Rthlr. Br., 27 bez. u. G., pr. Mai-Juni $27\frac{1}{2}$ Rthlr. bez., Juni-Juli $28\frac{1}{2}$ Rthlr. Br., 28 G. Gerste, große loco 20—22 Rthlr., kleine 20—22 Rthlr. Hafer loco nach Qualität 16—18 Rthlr., pr. Frühjahr 50pfd. $16\frac{1}{2}$ Rthlr. Br., 16 G. Erbsen, Kochwaare 34—40 Rthlr., Futterwaare 29—32 Rthlr. Rüböl loco $13\frac{3}{4}$ Rthlr. Br., $13\frac{2}{3}$ G., pr. Januar $13\frac{2}{3}$ Rthlr. Br., $13\frac{7}{12}$ bez., Jan.-Febr. $13\frac{3}{8}$ Rthlr bez., $13\frac{1}{2}$ Br., $13\frac{5}{12}$ G., Febr.-März $13\frac{1}{3}$ Rthlr. bez. u Br., $13\frac{1}{4}$ G., März-April $13\frac{1}{4}$ Rthlr. Br., $13\frac{1}{6}$ G., April-Mai $13\frac{1}{6}$ Rthlr. Br., $13\frac{1}{8}$ bez., $13\frac{1}{12}$ a $\frac{1}{8}$ G. Leinöl loco $12\frac{1}{6}$ Rthlr. Br., 12 bez., pr. März-April $11\frac{5}{12}$ Rthlr. Br., $11\frac{1}{3}$ G. April-Mai $11\frac{1}{3}$ Rthlr. Br., $\frac{1}{4}$ G. Mohnöl $15\frac{1}{2}$ Rthlr. Palmöl $12\frac{3}{4}$ a 13 Rthlr. Hanföl 14 Rthlr. Südsee-Thran $12\frac{3}{4}$ Rthlr.

Spiritus loco ohne Faß $14\frac{1}{12}$ Rthlr. bez., pr. Jan. $14\frac{1}{6}$ Rthlr. Br., 14 G., pr. Frühjahr 15 Rthlr. bez., Br. u. G.

## Berliner Börse.

| Den 14. Januar 1850. | Zinsf. | Brief. | Geld. |
|---|---|---|---|
| Preussische freiw. Anleihe | 5 | 107 | — |
| Staats-Schuldscheine | $3\frac{1}{2}$ | $88\frac{3}{4}$ | $88\frac{1}{4}$ |
| Seehandlungs-Prämien-Scheine | — | $104\frac{3}{4}$ | — |
| Kur- u. Neumärkische Schuldversch. | $3\frac{1}{2}$ | — | — |
| Berliner Stadt-Obligationen | 5 | $105\frac{1}{4}$ | $104\frac{3}{4}$ |
| Westpreussische Pfandbriefe | $3\frac{1}{2}$ | — | $90\frac{1}{4}$ |
| Grossh. Posener " | 4 | $100\frac{7}{12}$ | $100\frac{1}{12}$ |
| " " | $3\frac{1}{2}$ | $91\frac{1}{2}$ | — |
| Ostpreussische " | $3\frac{1}{2}$ | — | $94\frac{1}{4}$ |
| Pommersche " | $3\frac{1}{2}$ | — | $95\frac{1}{2}$ |
| Kur- u. Neumärk. " | $3\frac{1}{2}$ | — | $95\frac{3}{4}$ |
| Schlesische " | $3\frac{1}{2}$ | — | $94\frac{5}{8}$ |
| " v. Staat garant. L. B. | $3\frac{1}{2}$ | — | — |
| Preuss. Bank-Antheil-Scheine | — | $94\frac{1}{2}$ | $93\frac{1}{2}$ |
| Friedrichsd'or | — | $13\frac{1}{12}$ | $13\frac{1}{12}$ |
| Andere Goldmünzen à 5 Rthlr. | — | $12\frac{3}{4}$ | $12\frac{1}{4}$ |
| Disconto | — | — | — |
| **Eisenbahn-Actien** (voll. eingez.) | | | |
| Berlin-Anhalter A. B. | 4 | — | 90 |
| " Prioritäts- | 4 | — | 96 |
| Berlin-Hamburger | 4 | — | $80\frac{3}{4}$ |
| " Prioritäts- | $4\frac{1}{2}$ | — | 100 |
| Berlin-Potsdam-Magdeb. | 4 | — | $66\frac{1}{4}$ |
| " " Prior. A. B. | 4 | $94\frac{3}{4}$ | — |
| " " " | 5 | — | $102\frac{1}{2}$ |
| Berlin-Stettiner | 4 | $105\frac{1}{4}$ | — |
| Cöln-Mindener | $3\frac{1}{2}$ | — | $95\frac{3}{4}$ |
| " Prioritäts- | $4\frac{1}{2}$ | 101 | — |
| Magdeburg-Halberstädter | 4 | — | — |
| Niederschles.-Märkische | $3\frac{1}{2}$ | — | $85\frac{1}{4}$ |
| " Prioritäts- | 4 | 96 | 96 |
| " " | 5 | — | $104\frac{1}{2}$ |
| " " III. Serie | 5 | $103\frac{1}{2}$ | — |
| Ober-Schlesische Litt. A. | $3\frac{1}{2}$ | — | $107\frac{1}{4}$ |
| " " B. | $3\frac{1}{2}$ | $105\frac{1}{4}$ | — |
| Rheinische | — | — | — |
| " Stamm-Prioritäts- | 4 | — | $78\frac{1}{2}$ |
| " Prioritäts- | 4 | — | — |
| " " v. Staat garantirt | $3\frac{1}{2}$ | — | — |
| Thüringer | 4 | — | 66 |
| Stargard-Posener | $3\frac{1}{2}$ | — | 85 |

Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.

### Stadt-Theater in Posen.

Freitag den 18. Januar auf vielseitiges Verlangen zum Zweitenmal: Die falsche Prima Donna, oder: Catalani in Krähwinkel; Posse mit Gesang in 4 Akten von Bäuerle. (Lustig: erscheint als Catalani: Herr Gädemann.)

Für die im Guhrauer Kreise Verunglückten sind ferner bei uns eingegangen:

von D. G. V. 2 Rthlr.; O. R. R. St. 2 Louisd'or; v. K. 2 Rthlr.; Hr. Commissionsrath Baarth 2 Louisd'or; V. 2 Rthlr.; L. 2 Rthlr.; v. A. 1 Rthlr. Ueberhaupt 19 Rthlr. 4 Louisd'or.

Posen, den 16. Januar 1850.

Die Zeitungserpedition von W. Decker & Comp.

So eben erschien und ist in Posen bei E. S. **Mittler** zu haben:

Die

# magyarische Revolution.

**Kurzgefaßte Schilderung der jüngsten Zeitereignisse in Ungarn und Siebenbürgen.**

**Von einem Augenzeugen.**

16. Brosch. 20 Sgr.

Bekanntmachung.

Die Kreis-Thierarzt-Stelle Schrodaer Kreises ist erledigt, und es werden daher die Herren Thierärzte, welche sich um diese Stelle bewerben wollen, aufgefordert, sich deshalb binnen vier Wochen bei uns zu melden und ihren Gesuchen ihre Fähigkeitszeugnisse urschriftlich oder in beglaubter Abschrift mit der Anzeige beizufügen, ob und in wie weit sie der Polnischen Sprache mächtig sind.

Posen, den 3. Januar 1850.

Königl. Regierung. Abtheilung des Innern.

Nothwendiger Verkauf.
Königl. Kreisgericht zu Posen.
Erste Abtheilung — für Civilsachen.
Posen, den 9. Juni 1849.

Das dem Kaufmann Julius Grunwald gehörige, hier am Markte sub Nro. 60. gelegene Grundstück, abgeschätzt auf 12,949 Rthlr. 12 sgr. $2\frac{1}{2}$ pf. zufolge der, nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Taxe, soll

am 22sten Februar 1850 Vormittags 11 Uhr

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

In Stelle des abgegangenen Rendanten Meyer ist der Regierungs-Civil-Supernumerar Sprengler als Rendant bei der unterzeichneten Kasse vom 1. d. M. ab angestellt, welches hiermit zur Kenntniß des Publikums gebracht wird.

Posen, den 15. Januar 1850.

Königliche Darlehns-Kasse.
Kretzschmer.

☞ Ein zuverlässiger, gewandter, unverheiratheter Bedienter findet sofort ein gutes Unterkommen. Wo? sagt die Expedition dieser Zeitg.

Ein Schulamts-Kandidat,

welcher bereits mehrere Jahre als Hauslehrer mit günstigem Erfolge fungirt hat, musikalisch ist, und den ersten Unterricht im Lateinischen und Französischen zu ertheilen vermag, sucht vom 1. April 1850 ab ein anderweites Engagement. Gefällige Offerten werden unter der Adresse G. R. Klecko, poste restante erbeten.

Unterrichts-Anzeige.

Ein geprüfter Kandidat d. höheren Lehramts, der seit Jahren in einer Stadt Niederschlesiens eine Privat-Knabenschule mit gutem Erfolg leitete, und die darüber sprechenden Zeugnisse aufzuweisen vermag, sucht zu Ostern c. im Großherzogthum Posen eine ähnliche Stellung oder auch eine Hauslehrerstelle.

Hierauf Reflektirende wollen ihre Offerten in portofreien Briefen richten an: H. W. Beuthen a. d. Oder poste restante.

**Die Feuerversicherungsbank f. D. wird ihren Theilnehmern, ungeachtet zahlreicher und großer Brandschäden im Jahr 1849, nach vorläufiger Berechnung doch wieder ungefähr**

# 50 Procent

**ihrer Einzahlungen als Ersparniß zurückgeben.**

**Indem wir dies zur öffentlichen Kenntniß bringen, behalten wir uns vor, den Theilnehmern der Bank später den genauen Rechnungsabschluß selbst zuzufertigen, und sind für Jeden, welcher dieser gegenseitigen Versicherungsgesellschaft noch beizutreten geneigt ist, zu desfallsiger Auskunft und Vermittelung erbötig.**

**Posen, den 16. Januar 1850.**

**C. Müller & Comp.,**
**Sapiehaplatz No. 3.,**
**Agenten der Feuerversicherungsbank f. D. in Gotha.**

Markt 44. **CAFÉ BELLEVUE** Markt 44.

Hiermit beehre ich mich Einem geehrten Publikum die Eröffnung meines am Markte sub Nro. 44. im Kaufmann Grätzschen Hause neu errichteten Kaffeehauses ergebenst anzuzeigen. Posen im Januar 1850.

***Louis Rost.***

**Es ist mehrfach der Wunsch ausgesprochen worden, ein Abonnement für Kinder nach und von den Schulen zu eröffnen. Die Anstalt, gern bereit, jedem nur irgend billigen Begehren des geehrten Publikums entgegen zu kommen, muss die Eröffnung des Abonnements indess von der Zahl der Theilnehmer abhängig machen.**

**Es werden daher diejenigen Eltern, die ihre Kinder des Morgens um 8 Uhr in die Schule schicken und Nachmittags um 4 Uhr von dort wieder durch die Droschken abholen lassen wollen, aufgefordert, ihren Beitritt zum Abonnement bis zum 24sten d Mts. im Bureau der Anstalt, Gerberstrasse No. 7., zu erklären, um mit dem 1. Februar die Abholungen beginnen zu lassen. Der monatliche Abonnements-Preis wird für jedes Kind mit 1 Thaler festgesetzt, wenn sich die Eltern zur Theilnahme auf 3 Monate verpflichten. Die Zahlung erfolgt monatlich pränumerando.**

***Die Posener Droschken-Anstalt.***

Ein erfahrener Landwirth, militairfrei, beider Landessprachen vollk. mächtig, sucht ein ihm angemessenes Unterkommen. Erforderlichen Falls gestellt derselbe eine Kaution von 1000 — 1500 Rthlr.

Nähere Auskunft hierüber auf portofreie Anfrage wird die Buchhandlung Gebr. Scherk in Posen zu ertheilen die Güte haben.

Unentgeldlicher Unterricht im Weißnähen wird ertheilt große Gerberstr. No. 52. im Hofe links.

Bekanntmachung.

Zu Panten, $\frac{1}{2}$ Meile von Liegnitz, sind zwei und dreijährige Böcke, edelster Merino-Stämme zum Verkauf gestellt; so wie auch eine Parthie einjähriger der Infantado-Race, tiefe und feine Kamm-Wolle tragend.

Panten, den 26. December 1849.

Thaer.

**Die Deutsch-Engl.-Amerik.**

# Schifffahrts-Societät,

wie bekannt, **Reisenden und namentlich Auswanderern die größten Vortheile einer schnellen, billigen und bequemen Fahrt** nach den **Häfen Nord-Amerika's,** sowohl **per Dampf-** als **per Segelschiff** bietend:

bezweckt die

# Bestellung von Agenten

in den Haupt- und bedeutenderen Provinzial-Städten des Großherzogthums Posen, und der Provinzen Ost- und Westpreußen und Pommern.

Respectable Reflectanten wollen ihre Adresse mit näherer Auslassung und Bezugnehmung auf ihre Solidität an das Intelligenz-Comptoir zu Berlin unter Q. 82. frankirt schleunigst einsenden.

Gerberstraße No. 35. ist eine Parterre-Wohnung, wovon die Vorderstube mit nach der Straße gehenden Thür, auch als Laden benutzt worden ist, von Ostern d. Jahres ab zu vermiethen. Werner.

Das mir zugehörige Etablissement Mullakshausen, ganz nahe an Posen an der Breslauer Chaussee belegen, welches sich ganz besonders gut für ein Gast- oder Caffeehaus eignet, auch als Privatwohnung bequem ist, bin ich Willens, vom 1. April d. J. ab anderweitig billig zu verpachten. Die Bedingungen sind zu erfragen Bäckerstr. No. 14. bei der Frau Prov.-Contr. Hübner.

Ein noch fast neues Mahagoni-Billard ist billig zu verkaufen. J. Freundt.

Pfannkuchen zu 10 und 6 Pfennigen pro Stück, so wie immer frische Bonbons à 10 und 15 Sgr. das Pfund in der Konditorei und Bonbon-Fabrik von A. Pfitzner & Comp., Breslauerstr. No. 14.

# Weser-Lachs

vorzüglicher Qualität, offerirt
Michaelis Peiser, Breslauerstraße No. 7.